

Calmer Tagblatt

Nr. 145.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Spalte 60 Pf. Melkamen 2. — Wk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Beträge 9.

Freitag, den 25. Juni 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. — Schlag der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Sittenverwilderung.

Die Ausschreitungen, die im Gefolge von Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung in verschiedenen Orten, auch in Württemberg, in den letzten Tagen vorgekommen sind, geben ein trauriges Bild von der Sittenverwilderung, die in Neu-Deutschland immer mehr einzureißen und zur Gewohnheit zu werden droht. In Ulm wird ein Oberamtmann unter Voraustragen eines Galgens mit einem Strid um den Hals durch die Straßen gezerrt, der Bürgermeister wird in seinem Rathaus verprügelt, die Fensterscheiben öffentlicher Gebäude werden eingeschlagen, in Feuerbach läßt man unter dem Gejohle der Menge verschiedene Bänder Spießruten laufen, in norddeutschen Städten werden Läden geplündert; und dies alles sind nicht vereinzelte, seltene Fälle. Die Gleichgültigkeit und Häufung solcher Vorkommnisse macht sie erst bedenklich und gibt zu den ernstesten Betrachtungen Anlaß. Aus den Berichten über die Ausartungen geht nicht genau hervor, wer die eigentlichen Anstifter und Ausführer der Ausschreitungen sind, die zum Teil an eine geradezu viehische Verrohung grenzen; es ist jedoch anzunehmen, daß es zur Hauptsache Jungen und Mädchen waren. Unverständlich ist nur, daß die reiferen und besonnenen Teilnehmer an den Kundgebungen diese rohen Gewalttätigkeiten der Jugendlichen geduldet haben. Sie mußten sich doch klar darüber sein, daß derartige, jeder guten Sitte Hohn sprechende Kuppelungen nur die nicht beabsichtigte Folge haben, den Charakter der ganzen Kundgebung zu gefährden, ihr allen Ernst und jede Würde zu rauben und sie auf die Stufe einer bloßen Pöbelei oder einer Rabaukelei herabzusetzen. In keiner Zeitung konnte man lesen, daß unter den Demonstranten sich jemand gefunden hätte, der mit einer wohlverdienten, angemessenen Bückung gegen die erwählten Auswüchse eingeschritten wäre. Und solche Belegfälle schreien doch geradezu nach einer körperlichen Bestrafung! Nicht einmal ein Protest der doch sonst so Protestbereiten war zu vernehmen. Und dabei lag die Sinnlosigkeit der Ausschreitungen klar zu Tage. Was hat es denn für einen Zweck, Beamte wie Bürgermeister und Oberamtmänner für die Lebensmittelteuerung verantwortlich zu machen? Wenn sich die Rabaukbrüder wenigstens ein paar Groß-Schieber und Wucherer aufs Korn genommen hätten! Aber die Ursachen der Teuerung liegen ja viel tiefer und sind vor allem nicht bloß in amtlichen Erlässen zu suchen. Sind es nicht gerade die Jugendlichen, die durch ihre unsinnige Verschwendungssucht die Teuerung der Lebensmittel mit verursachen? Wer kauft heute den Händlern die meisten Kirschchen und Erdbeeren ab, wer verzehrt in den Konditoreien die meisten Kuchen, wer raucht die meisten und die teuersten Zigaretten? Nur wer mit geschlossenen Augen durch dieses Leben wandert, kann über die offenkundige Tatsache hinwegsehen, daß unsere jungen Leute einen Luxus treiben, der in gar keinem Verhältnis zu ihren Leistungen und namentlich zu der wirtschaftlichen Lage Deutschlands steht.

Es scheint jedoch, daß unser öffentliches Leben immer mehr von den Jugendlichen beherrscht wird. Sie geben den Ton auf der Straße an, fürwahr einen sehr häßlichen Mibton, und nach ihrer Pfeife scheint alles zu tanzen. Die Ursache dieser Erscheinung, dieses ungehörlichen Hervordrängens der Jugendlichen in Versammlungen und Veranstaltungen, ihrer frechen Sittenlosigkeit und Verwahrlosung geht freilich zum großen Teil auf die langen Kriegsjahre zurück. Alle größeren Kriege haben in ihrem Gefolge einen Verfall der öffentlichen Moral gehabt. Die Jugend ist ohne die bändigende Hand des Vaters aufgewachsen, sie hat zu viel freie Zeit ohne Aufsicht genossen, und sie hat zu schnell und zu leicht große Löhne verdient. Aber wir Älteren sind auch selbst mitschuldig an den geschilderten bedauerlichen Erscheinungen. Wir haben einem falschen und verderblichen Freiheitsdrang und Selbständigkeitsstreb der Jugend die Wege zu glatt geebnet, indem wir ihr zu große Rechte einräumten. Wir haben in einer verblendeten Ideologie den Zwanzigjährigen das Wahlrecht geschenkt und sie damit in einem Alter für voll genommen, in welchem sie noch durchaus unreif und unfertig sind. Die Wirklichkeit zeigt uns an zahllosen Beispielen, daß wenigstens in Deutschland und wahrscheinlich in allen nördlicheren Ländern, die Zwanzigjährigen feilsch und geistig noch durchaus unentwickelt sind; sie tragen noch die Eierhäuten ihrer Hegeljahrezeit mit sich herum. Tatsachen, wie die so rasend zunehmende Kriminalität der Jugendlichen, die Bildung von Schülerräten, die Möglichkeit von Schülerausständen, das anmaßende Mitsprechenwollen der Jugend in der Reichsschulkonferenz, Erscheinungen wie das Handgranatenwerfen in politischen Wahlversammlungen (bei der Erzbergerversammlung in Eßlingen), und jetzt diese ungläublich rohen Gewalttätigkeiten in Ulm, Feuerbach und an-

bern Orten, beweisen, daß es ein grober Irrtum war, die jungen Leute von zwanzig Jahren als politisch und sittlich gereifte Leute in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufzunehmen und ihnen alle staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen. Der alte Goethe hat in seinem Wilhelm Meister als Grundlage aller Erziehung die Ehrfurcht bezeichnet. Wir, und besonders unsere wirtschaftsfernen Idealisten, haben wohlmeinend, aber töricht der Jugend nicht nur alle Ehrfurcht genommen, sondern sogar alles getan, um sie zur Ehrfurchtslosigkeit, zur Schamlosigkeit und Frechheit zu erziehen. In der Jugend aber liegt Deutschlands Zukunft beschlossen, und wenn es uns nicht gelingt, sie wieder zu Zucht, Ordnung und Sitte zurückzuführen, dann wird es auch um das Wohl und die Aufwärtsentwicklung unseres Vaterlandes geschehen sein, dann gehen wir dem sicheren Zerfall und dem Abgrund entgegen.

H. O. R.

Kommunistische Jugendliche als Mörder.

(WTB.) Berlin, 24. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich heute drei Kommunisten im Alter von 21 bis 22 Jahren wegen Mordes an einem angehenden Spieß, dem Inspektor Blau, zu verantworten, dessen Leiche am 7. August v. Js. mit einer Wäscheleine gefesselt, in einem Kanal aufgefunden wurde. Der Mord soll von kommunistischer Seite geplant und ausgeführt worden sein.

Zur äußeren Lage.

Die Noten über Deutschlands Entwaffnung.

(WTB.) Berlin, 24. Juni. Von den drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von Seiten der alliierten Regierungen zugegangenen Noten zählt die erste die verschiedenen Verträge gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags auf, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden. Es wird dann im Einzelnen darauf hingewiesen, die Alliierten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Entwaffnung Deutschlands sowohl was die Heeresstärke als auch was das Kriegsgerät betreffe restlos durchgeführt werden müsse. Daher müßte es bei der Heraussetzung der deutschen Heeresstärke auf 100 000 Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate aufzulösen, dafür könne die schon vor dem Krieg bestandene Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um rund 70 000 Mann gegen ihren Bestand von 1913 erhöht werden. Ferner fordern die Alliierten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags gebracht wird, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. Ferner werden in der Note geforderte Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangt. Endlich wird auf wirksamen Maßnahmen zur Auflösung der Einwohnerwehren bestanden. Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Ersatz der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei. Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die vollkommene Ausführung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Anfertigung von Luftfahrzeugen in Deutschland, das an sich am 10. Juli hätte wieder beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der gänzlichen Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Die Vorschläge der Entente in Berlin.

(WTB.) Berlin, 24. Juni. Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung das Abkommen für Herrn Charles Laurent den für Berlin bestimmten französischen Vorschläge, angefordert. Das Abkommen wurde bereits erteilt. Laurent war wiederholt mit finanziellen Missionen der französischen Regierung im Auslande betraut.

(WTB.) Brüssel, 24. Juni. (Savas-Neuter.) Der belgische Gesandte in Lüttich, Graf de la Halle de Leveghem, ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden. — Zum italienischen Botschafter sei der jetzige Geschäftsträger di Martino bestimmt.

Die Vertagung der Konferenz von Spa.

(WTB.) Paris, 25. Juni. Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ will aus guter Quelle erfahren haben, die Konferenz von Spa werde wegen der Lage in Deutschland jedenfalls nochmals vertagt werden. Die Alliierten könnten Verhandlungen von der Bedeutung, wie sie in Spa bedenklich sind, nur mit einer dauernden Regierung anknüpfen.

Die Frage der Monchauer Bahn.

(WTB.) Köln, 24. Juni. Nach einem Aachener Telegramm der „Köln. Sta.“ geht die Entscheidung der Politikaite-

konferenz in der Frage der Monchauer Bahn dahin, daß sie die von dem belgischen Vorschläge gemachten Vorschläge über Zugstände für die Ablösung der Bahnlinie Naeren—Kaltenberg und für den weidlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises Monchau grundsätzlich annimmt. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission übertragen. Die Zugstände Belgiens bestehen in Erleichterungen für die Einwohner des Kreises Monchau hinsichtlich des Personen- und Warenverkehrs nach Aachen. Die Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Zollformalitäten befördert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Bezirks, in welchem das Niederschlagsgebiet des Eupener Wasserwerks liegt. Das Dorf Mühlenich bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht die Gemeindegüter einschließt, die in dem abzutretenden Teil des Kreises Monchau liegen. Die Eisenbahn und die dazu gehörigen Gebäude, sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave werden belgisch werden. — Dazu bemerkt das Volkische Büro: Sollte diese Meldung zutreffen, so stände man geradezu vor einem Rätsel. Die darin wiedergegebene Lösung verstößt so sehr gegen den Friedensvertrag und ist zudem praktisch so undurchführbar, daß man sie schwerlich als das letzte Wort in dieser Angelegenheit wird ansehen können.

Der mißlungene Generalstreik in der Pfalz.

(WTB.) Frankfurt a. M., 24. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Mannheim meldet, erläßt die Eisenbahndirektion Ludwigshafen eine Bekanntmachung, wonach die alliierte Unterkommission mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme der Arbeit die Requirierung des pfälzischen Eisenbahnnetzes aufhebt.

Bekehrung der Typhus-Epidemie in Polen.

(WTB.) London, 24. Juni. Hasas. Der Völkerbund fordert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, die Mittel zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie in Polen und dessen Nachbarländern und zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Epidemie zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung hat eine erste Leistung von 50 000 Pfund Sterling bewilligt, vorausgesetzt, daß die anderen Länder eine gleiche Summe aufbringen. (Es wäre gut, wenn der Völkerbund gleichzeitig den Polen raten würde, statt ihre Gelder in einem ehrgeizigen Eroberungskrieg gegen Rußland zu verpulvern, sie für Kerze, Medikamente und Krankenhäuser anzulegen. D. S.)

Das Regierungsprogramm Giolitti.

(WTB.) Rom, 25. Juni. (Stefani.) Ministerpräsident Giolitti führte in seiner gestern in der Kammer gehaltenen Rede über die Politik der Regierung aus, das Hauptziel der auswärtigen Politik sei, Italien und Europa den vollen Frieden zu sichern, weshalb mit den Alliierten engste und herzlichste Beziehungen, aber auch mit den anderen Ländern, auch mit Rußland, freundschaftliche und normale Beziehungen notwendig seien. Giolitti kündigte eine Verfassungsänderung in dem Sinne an, daß die internationalen Verträge der Genehmigung des Parlamentes und ebenso Kriegserklärungen dessen vorheriger Zustimmung unterliegen sollen. Er schlug die Schaffung von Kommissionen in Kammer und Senat zwecks parlamentarischer Kontrolle der auswärtigen Politik vor. Auf dem Gebiete der inneren Politik werde sich die Regierung mit der Teuerung, dem Preisabfall und mit der Hebung der Produktion befassen. Giolitti bezifferte die Staatsschuld auf 95 Milliarden, wovon 20 Milliarden dem Auslande bezahlt werden müßten. Um einen Bankrott zu vermeiden, seien große Ersparnisse, vor allem aber neue Einnahmequellen notwendig. Giolitti kündigte Gesetzesvorlagen an über die Ablieferung der außerordentlichen Kriegsgewinne an den Staat, über die Kontrolle der Kriegsausgaben, Revision der Kriegslieferungsverträge, über die Erhöhung der Erbschafts- und der Automobilsteuern, sowie über die Besteuerung der Wertpapiere. Italien, so erklärte Giolitti zum Schluß, steht jetzt vor dem Beginn seines Wiederaufbaus oder seines Zerfalls. Jeder Italiener möge sich für das Land opfern.

Ende des oberitalienischen Eisenbahnerstreiks.

(WTB.) Mailand, 24. Juni. (Stefani.) Nach den Blättern haben die Eisenbahner heute Morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Boykott gegen Ungarn.

(WTB.) Amsterdam, 25. Juni. Zu der Meldung der „Wiener N. Fr. Presse“ über bevorstehende Verhandlungen in Wien wegen Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn teilt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbunds mit, daß dieser tatsächlich auf diplomatischem Wege eine Einladung erhalten habe, seinen Sekretär an einer Besprechung mit Vertretern

ka“ Stuttgart
ungen in
arbeiten.)
unds 7: Uhr
Calw
BEND
(Sopran) vom
änger Hermann
Musikschiff-
trag) Stuttgart;
Stuttgart;
Vortrag, Emil
ber, b) Lied an
Legende Hol-
4. Die Meister-
und Hans Sachs,
Waltire Feuer-
erbearbeitung)
sprache d. Hans
folde Joldes
ende Holländer
u. Herr. Weil.
einer Platz (Cafeteria)
tje Buchhandlung.
wesen
tenhaus
gold- oder Erzstaf
et, wenn auch nicht
gejudt.
telle dieses Blattes
rkauf.
am Samstag, den
im Hause Obere
ahlung:
Stühle, 1
Paffen, 1 Scha-
fikinstrument,
u), 1 Wasch-
Kübelgeschirr,
irr, eine An-
ebenen Größen
her und all-
ntierer Korb.
rische
efische
eingetroffen
2.50—3.50
org Pfeiffer.
tgebrannten
ffee
ets frisch,
akao
Pfund-Paketen,
schmeckenden
hong- und
eylon-
Tee
ocolade
eln, zum Kochen
heffen, empfiehlt
tto Vincon
-Tee
Mittel bei Blut-
stopfung, Hä-
rucht mit dem
illen Mk. 2.50 und
allen Apotheken.

der ungarischen Regierung nach Wien zu entsenden. Daraufhin wird ein Sekretär des Bundes wahrscheinlich noch im Laufe der Woche nach Wien abreisen.

Der polnische Generallstabsbericht.

(W.B.) Kopenhagen, 24. Juni. Nach einem Warschauer Telegramm besagt der polnische Generallstabsbericht v. a.: An der Nordfront machen wir weitere Fortschritte. Durch die Aktion (1) Ausfälle über die Verejina nach Osten sprengten wir drei bolschewistische Brigaden auseinander. Ein Rotes Kavallerie-Regiment ging zu uns über. In der Ukraine schlugen wir die 4. Reiterdivision und nahmen den ganzen Divisionsstab und 800 Soldaten gefangen. Wir eroberten viel Material.

Die irische Frage.

(W.B.) London, 24. Juni. (Reuter.) In London herrschten die Gewehr- und Revolverschießereien gestern Abend vier Stunden andauernd. Die Nacht war verhältnismäßig ruhig. Aber bei Tagesanbruch wurde das Feuer wieder aufgenommen. Mehrere Personen wurden schwer verwundet.

(W.B.) London, 24. Juni. (Havas.) Bei Erörterung der irischen Frage im englischen Unterhaus griff ein Abgeordneter die Regierung an und warf ihr in heftigen Worten vor, sie habe es nicht verstanden, die Ordnung in diesem Lande aufrecht zu erhalten. Er berührte die Vorkommnisse von Londonderry und Dublin und verlangte von der Regierung, sie möge in Irland den Belagerungszustand erklären. Der Generallstabschef für Irland verteidigte die Haltung der britischen Militärbehörden. Er gab Einzelheiten über die getroffenen Maßnahmen und erklärte, daß General MacReady mit ausgeübten Vollmachten nach Irland abgereist sei. Er kündigte gleichzeitig die baldige Einbringung einer Bill an, die es der Regierung ermöge, bei Tötung eines Polizeibeamten zur Entschädigung der Hinterbliebenen auf die Einkünfte der Städte zurückzugreifen, wo das Verbrechen begangen wurde.

Englands koloniale Sorgen.

(W.B.) Rotterdam, 25. Juni. „Daily Mail“ meldet: Infolge der ersten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve um 15 bis 20 000 Mann wird für erforderlich gehalten.

(W.B.) London, 24. Juni. Havas meldet: Im Unterhaus verlas der frühere Minister für Indien, Lord Montagu, die Erklärung über die Politik der Regierung in Mesopotamien. Asquith betonte, daß es sich für Großbritannien empfehle, Mesopotamien zu räumen, denn es habe rechtlich keinen Anspruch auf dieses Land. Der Völkerverbund allein könne ein Recht darauf verlangen. Asquith schlug vor, die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu vermindern, was nach englischem Parlamentsgebrauch das Verlangen nach der Zensurierung der Regierung bedeutet. Lord Brinton sagte, die Räumung Mesopotamiens würde bedeuten, daß das Land den Völkerverbund und den Kurden freigegeben würde. Trotzdem verlangte er den Rückzug der britischen und indischen Truppen, die aber durch eingeborene Truppen zu ersetzen seien. Lloyd George kritisierte den Antrag Asquiths und erklärte, daß die britische Regierungspolitik in Mesopotamien den im November 1918 gemachten Erklärungen entspreche. Es bestehe heute die Ansicht, daß das Vilajet Mossul einbezogen werden müsse, um Mossul zweckmäßig zu verwalten. England habe moralische Ansprüche auf Mossul. Wir haben Sir Percy Cox beauftragt, die Ansicht der arabischen Führer bezüglich des besten Verfahrens zur Herstellung einer Regierung in Mesopotamien anzugehen. Wenn eine Regierung gebildet sein werde, so würden die Kosten und die Streitkräfte vermindert werden. Der Antrag Asquiths wurde schließlich mit 285 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Der Steuerwirrwarr.

Das Wolffsche Telegraphenbüro hat neulich die von „zuständiger Stelle“ ausgegebene Nachricht verbreiten lassen, daß Auszahlungen von Gehältern und Löhnen, die nach dem 25. Juni 1920 fällig werden, vor diesem Tage unzulässig seien. Jeder Arbeitgeber, der so verfare, mache sich nach § 359 der Reichs-Abgabenordnung wegen Steuerhinterziehung strafbar. Die Berliner „Post“ erklärt diese Mitteilung für belanglos und empfiehlt allen Arbeitgebern, sie „als nicht vorhanden einfach zu ignorieren“, denn dieser Verwarnung steht die klare und eindeutige Erklärung der wirklich zuständigen Stelle, des Reichsfinanzministeriums, entgegen, das noch am 15. Juni in der Pressekonferenz durch seinen Vertreter ausdrücklich sagen ließ, daß bei einer Auszahlung der Löhne und Gehälter vor dem 25. Juni weder von einer Steuerhinterziehung noch von einer Erparnis die Rede sein könne und daß dieses Verfahren zulässig sei. Außerdem komme „tatsächlich nur eine Verschiebung des Zahlungsmodus in Frage. Hinterzogen wird dem Reich nicht ein Pfennig. Was am 1. Juli nicht bezahlt wird, das muß im Laufe der folgenden Monate ja doch bezahlt werden.“ In dem Aufsatz der „Post“ heißt es dann: Es ist ungemein bezeichnend für den Wirrwarr und die Unfähigkeit unserer soz. u. w. maßgebenden Behörden, daß derartige traffe Widersprüche überhaupt zutage treten können. Dieser Wirrwarr herrscht übrigens auch im Finanzministerium selber. Nicht die Absicht, einen Teil der fälligen Steuer zu „hinterziehen“, liegt den Gehalts- und Lohnzahlungen vor dem 25. Juni zugrunde, sondern die praktische Unmöglichkeit, eine Arbeit zu leisten, für die seitens der Behörden wieder einmal nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen waren. So sind die Steuerarten ebenso wie die Steuermarken nicht rechtzeitig fertiggestellt worden und an eine direkte Ver-

rechnung der Steuerabzüge mit den Finanzbehörden war überhaupt nicht zu denken, weil dort niemand aus und ein wußte. Die Ungerechtigkeiten, die der Steuerabzug mit sich bringt, sind größer denn je. Es lassen sich zahlreiche Fälle ohne jede Kunstlei errechnen, in denen der Steuerzahler sich einen Abzug gefallen lassen soll, der fast das Doppelte von dem beträgt, was er tatsächlich an Steuern zu zahlen haben wird. Zwar versichert die Steuerbehörde treuherzig, er bekomme den Uberschuß dann angerechnet oder wieder herausbezahlt. Aber das kennt man! Wie viel Gänge und Scherereien, wie viel Ärger und umständliche Auseinandersetzungen werden nötig sein, bis der einzelne zu seinem Gelde kommt! Was der Steuerfiskus einmal hat, das gibt er bekanntlich nur sehr schwer wieder heraus. Ohne Zeit- und Geldverlust für den Beschäftigten geht es dabei niemals ab. Und in den seltensten Fällen ohne Ärger. Niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß das Reich ungeheurer Geldsummen bedarf, und die leider nur allzu begründete Befürchtung, daß die eingehenden Steuergelder durchaus nicht zweckentsprechend verwendet werden, darf niemanden abhalten, seiner Steuerpflicht nachzukommen. Aber die geforderte Leistung muß auch in den Grenzen der wirtschaftlichen Möglichkeiten jedes einzelnen bleiben. Zahlreiche Steuerzahler legen sich heute mit Recht die Frage vor: Wie komme ich eigentlich dazu, dem Reich zinslos Geld zu leihen? Diese Form der Steuerzahlung ist ganz neu und überaus bedenklich. Besonders in Arbeiterkreisen wird sie als eine unbegründete Härte und Ungerechtigkeit empfunden und es gehen Gerüchte um, die geradezu einen Steuerstreik andeuten. Die Finanzbehörden mögen also den Bogen nicht überspannen! Sie mögen nicht eine Methode verfolgen, die von jedermann als Schilane empfunden wird und empfunden werden muß. Es wird wohl keiner „zuständigen Stelle“ heute noch möglich sein, einem Verfahren Einhalt zu gebieten, das von den Behörden in weitgehendstem Maße bereits geübt worden ist. Haben einzelne Behörden doch sogar bereits — Quartalsgehälter ausbezahlt! Eine Uebung, die von den Behörden vorgemacht wird und die nun die Privatunternehmer nachahmen, dürfte sich schwerlich durch das unmaßgebliche Gutachten einer anonymen „zuständigen Stelle“ rückgängig machen lassen. Die gesamte Berliner Presse steht auf dem Standpunkt, daß die Gehaltszahlung vor dem 25. Juni absolut zulässig ist und die Steuerbehörde gar nichts angeht.

Deutschland.

Das Kabinett Fehrenbach.

(W.B.) Berlin, 24. Juni. Den Abendblättern zufolge kann als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Fehrenbach auf der Grundlage der bürgerlichen Mitte zustande kommt. Die endgültige Ministerliste steht noch nicht fest. Während die „Köln. Ztg.“ und das „Berl. Tagebl.“ die Kabinettsbildung als abgeschlossen ansehen, sagt die „D. Allg. Ztg.“, daß die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts beschleunigt zustande zu bringen, bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Die verschiedentlich genannten Namen der neu in Betracht kommenden Persönlichkeiten träsen noch nicht zu. Es heiße, daß der der Deutschen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg noch nicht als endgültiger Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium bezeichnet werden könne. Ebenso werde es bezweifelt, daß Landrat a. D. v. Raumer von der Deutschen Volkspartei, der als Reichsfinanzminister genannt werde, diesen Posten erhalte. Festzustehen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Koch und Geßler in ihren Ämtern verbleiben und daß der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Heineke, Reichsjustizminister und zugleich Schatzkanzler werde. Alles übrige sei noch im Fluß und bisher in keiner Weise entschieden.

Eröffnung des Reichstags.

(W.B.) Berlin, 24. Juni. Das Haus ist voll besetzt, desgleichen die Tribünen. Im übrigen deutet nichts im äußeren Ansehen des Saales auf die Bedeutung dieser ersten Sitzung des ersten Reichstags nach der Umbildung des Reiches hin. Der Alterspräsident Abg. Rieke (Soz.) eröffnet die Sitzung und ernennt die Abgeordneten Maltewitz, Frau Agnes, Frau Bohm-Schuch und Dr. Pfeiffer zu provisorischen Schriftführern. Geschäftsordnungsmäßig wird sodann zum Namensaufruf der Abgeordneten geschritten, was sich im allgemeinen eintönig vollzieht und in dessen Verlauf sich ergibt, daß die meisten Minister im Plenum Platz genommen haben, so z. B. die Abgeordneten Wirth, Giesberts, David, Blund und Bauer. So erklärt es sich auch, daß auf der Ministerbank Reichsminister Koch das gesamte Reichskabinett vertritt. Bei dem Aufruf des Namens des Abg. Mitwoch (U.S.) ruft Abg. Ledebour unter schallender Heiterkeit des Hauses: Der sitzt! Zu einer ähnlichen Szene kommt es beim Aufruf des Namens Stinnes. Hier ruft Adolf Hoffmann (U.S.): Wenn das Geld im Kasten klingt, der Stinnes in den Reichstag springt! Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten. 34 Abgeordnete fehlen. Der Alterspräsident konstatiert die Beschlussfähigkeit des Hauses und setzt die nächste Sitzung auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten fest. Schluß gegen 4 Uhr.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

* Berlin, 25. Juni. Die soz. dem. Reichstagsfraktion nahm, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Stellung zu der Wohnungsf- und Beschloß, eine Interpellation einzubringen. Weiter beschäftigte sie sich mit der Arbeitslosenfrage und stimmte der Einbringung folgender Interpellation zu: Was denkt die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun? Wie denkt sie insbesondere in der heutigen Krise die Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitslosigkeit zu schaffen? — Ferner wurden zwei Fraktionsmitglieder beauftragt, die Steuerfragen, besonders aber die Einkommensteuer, eingehend zu prüfen und Vorschläge auszuarbeiten,

nach denen die Härten beim Steuerabzug behoben werden können. Weiter wurde beschlossen, in eine Prüfung der Personalfragen anlässlich der Kabinettsbildung nicht einzutreten.

Erzberger und die Zentrumsfraktion.

* Berlin, 24. Juni. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, sollte die Zentrumsfraktion gestern über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion entscheiden. Erzberger betonte in mehrstündiger Rede, daß der Helfferich-Prozess noch nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt habe. Die Gewerkschaftsführer der Fraktion drohten mit dem Austritt, wenn Erzbergers Ausscheiden erzwungen würde. Endlich wurde beschlossen, daß Erzberger vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei bleibe. (Erzberger war bekanntlich mit Stimmenmehrheit aus der Zentrumsfraktion entfernt worden. D. S.)

Zur Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands.

(W.B.) Mannheim, 24. Juni. Am 11. wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Bodensteiner vom Reichsarbeitsministerium und unter Teilnahme von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des bairischen Arbeitsministeriums fand eine Versammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Rheinschiffahrt statt, um eine Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands durch Hebung der Transporte auf dem Wasserwege ermöglichen zu können. Nach längerer Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeitnehmer der Rheinschiffahrtsgesellschaften verpflichten sich, während der Beförderung von Kohlen auf dem Rhein täglich zwei Stunden Ueberarbeit zu leisten. Außer der tariflich festgesetzten Entschädigung erhalten sie dafür gleich den Ruhrbergleuten eine Sonderzuwendung von wöchentlich vier Pfund Fett zu ermäßigten Preisen, deren Verteilung einer sofort zusammentretenden paritätisch zusammengesetzten Kommission übertragen werden soll. Die Abmachungen sollen für alle Mitglieder der vertragschließenden Verbände verbindlich sein, soweit bei den Umschlagarbeiten Ueberstunden notwendig sind. — Das Uebereinkommen bedarf nur noch der formellen Zustimmung der beiderseitigen Verbandsversammlungen.

Die Berechnung der Schuhpreise.

(W.B.) Frankfurt, 25. Juni. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreterverbände der Leder-Industrie, der Schuhindustrie, des Schuhgroßhandels u. des Schuhkleinhandels haben über die Berechnung der Schuhpreise den Beschluß gefaßt, daß der heutige Verkaufspreis der Schuhwaren sich auf dem gegenwärtigen Häute- und Lederpreis aufbauen müsse unter Berücksichtigung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden beschiedenen Zuschlags für Unkosten und Gewinn. Die Preise für die vorhandenen teuren Bestände sollen ohne Rücksicht auf die entstehenden Verluste ebenfalls auf der vorhandenen Grundlage berechnet werden.

Der 10-prozentige Steuerabzug.

(W.B.) Köln, 25. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlands-Kommision den 10-prozentigen Wohnabzug genehmigt hat.

Die Lebensmittelkrawalle im Reich.

(W.B.) Bremen, 24. Juni. Die Lebensmittelunruhen verstärken sich über Mittag sehr, so daß die Polizei eine besonders lebhafteste Wachenstraße für den allgemeinen Verkehr sperrete. Die Demonstranten wandten sich im Laufe des Tages auch gegen Schuhwarenläden und größere Warenhäuser, denen sofort polizeilicher Schutz zuteil wurde. In den ersten fanden vielfach Zwangsverkäufe statt, auch kamen Diebstähle vor. Wie verlautet, soll in einigen vorstädtischen Konfektionshäusern geplündert worden sein, doch war nichts Bestimmtes zu erfahren.

(W.B.) Bremen, 24. Juni. Die Lebensmittelkrawalle verließen im allgemeinen ohne schwere Folgen für die Allgemeinheit, doch haben Händler und Ladengeschäfte großen Schaden erlitten. Viele große Ladengeschäfte der inneren Stadt haben wegen der bedrohlichen Lage schließen müssen.

* Berlin, 25. Juni. Der durch die Plünderungen in Krefeld angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die städtische Lebensmittelkommission beschloß, Lebensmittel in großen Mengen anzukaufen und sie zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben.

Der pommerische Landarbeiterstreik.

(W.B.) Stettin, 25. Juni. Der Landarbeiterstreik im Regierungsbezirk Köslin umfaßt, dem „Generalanzeiger“ zufolge, bis jetzt ungefähr 125 bis 150 Güter, davon allein im Kreise Stolp 100 Güter. Seit vorgestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergegriffen. Plünderungsversuche sind in den Kreisen Stolp und Schlawe vorgekommen.

(W.B.) Berlin, 24. Juni. In dem pommerischen Landarbeiterstreik hat der Landrat des Kreises Köslin nunmehr die Technische Nothilfe auf bisher fünf Gütern des Kreises zur Verrichtung der Nothstandsarbeiten eingesetzt.

Beilegung des Herner Schülerstreiks.

(W.B.) Berlin, 24. Juni. Wie die „Germania“ mitteilt, ist der Herner Schülerstreik beigelegt worden.

Kommerzienrat Friedrich Bayer †

* Berlin, 25. Juni. Im 68. Lebensjahr verstarb der langjährige Leiter der Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen bei Köln, Geh. Kommerzienrat Friedrich Bayer. Er begründete den Weltruf der Firma und wirkte auch sozial vorbildlich.

Benzinshieber.

* Berlin, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ aus Bochum sind auf der Beche „Zentrum“ bei Batten-scheid große Benzinschiebungen aufgedeckt worden. Eine Anzahl von Beamten, zum Teil in höheren Stellungen, wurde verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.

haben werden...
Fraktion...
Erzberger...
Erzberger vorläufig...
Erzberger war be...

Explosion eines Munitionslagers.

(W.B.) Mainz, 24. Juni. Ein großer Teil des Artillerie-Munitionslagers Uhlerborn an der Straße Mainz-Bingen ist heute Nacht in die Luft geflogen. (W.B.) Mainz, 24. Juni. Das Uebergreifen der Explosion des Artilleriemunitions-Depots Uhlerborn auf weitere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verhindert. Hierbei fand der Adjutant des 166. Infanterieregiments den Tod. Die Gefahr weiteren Umsichgreifens der Explosion ist beseitigt. Der Zugverkehr, der auf einige Stunden über andere Strecken umgelenkt werden mußte, wurde wieder aufgenommen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. Juni 1920

Vom Elternrat des Realprogymnasiums.

Der neu gewählte Elternrat des Realprogymnasiums trat gestern unter dem Vorsitz von Herrn Direktor S a n n a l d und in Anwesenheit von Herrn Rektor K n o d e l erstmals zusammen, um die Richtlinien seiner Tätigkeit festzusetzen. Insbesondere wurden dann noch die anerkannt hygienisch durchaus unzulänglichen Schulkafeteria, namentlich diejenigen in der Kanne und im Effenhardt'schen Bau eingehend besprochen und dabei der Wunsch vertreten, daß wenn auch mit einem Neubau z. Zt. nicht gerechnet werden kann, wenigstens fortgesetzt werden, die hierfür angesammelten Fonds mit jedem Gemeindegeld zu vermehren, damit die finanziellen Schwierigkeiten später nicht allzugroß werden. Jede sich bietende geeignete Gelegenheit, die beiden genannten Lokale durch bessere zu ersetzen, soll ergriffen werden. Angeregt wurde ferner, den Gesangsunterricht auf die 4. Klasse auszudehnen und namentlich auch den musikalisch veranlagten Schülern der oberen Klassen Gelegenheit zu geben, den Gesang, welcher in den Volks- und Mittelschulen weit mehr geübt wird, weiter zu pflegen. Leider ist dies vorerst nur fakultativ möglich, da von der 4. Klasse an die vorgeschriebenen Stunden im Lehrplan voll ausgenutzt sind. Bei den Leibesübungen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für eine systematische Erlernung des Schwimmens in den Sommermonaten an allen hiesigen Schulen gesorgt werden soll. Die Kosten hierfür dürften keine allzugroßen sein, da der Schwimmunterricht wohl in den meisten Fällen vom Turnlehrer in der Turnstunde erteilt werden kann.

Anfragen im Landtag.

Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben verschiedene Anfragen im Landtag eingebracht. Die Mehrheitssozialisten machen den Arbeitsminister auf die Stilllegungen, Einschränkungen und Arbeiterentlassungen in verschiedenen Industriebetrieben aufmerksam, ferner behandelt eine Anfrage den bekannten Aufbruch in der „Schwäb. Tagesztg.“ zur Bewaffnung der Bauernschaft. Die U.S.P. hat eine gleiche Anfrage dieser Art an den Arbeitsminister gerichtet, in der sie die Betriebseinschränkungen auf Profitinteressen und Spekulationsgründe zurückführt. Eine weitere Anfrage befaßt sich mit der Steigerung der Preise für die Lebensmittel und mit den Sähen für die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung.

Falsche Gerüchte über die Fleischbewirtschaftung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In weiten Kreisen ist, hauptsächlich genährt von den Metzgern und Händlern, die Meinung verbreitet, daß demnächst die Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch aufhören werde. Diese Auffassung ist falsch. Die Reichsbehörden, die allein für die Entscheidung in dieser Frage zuständig sind, denken, wie wir bestimmt wissen, nicht daran, die Bewirtschaftung freizugeben. Vielmehr wird nach wie vor die Rationierung des Fleisches, die Verpflichtung zur Abgabe des Viehs an die amtlich bestellten Aufkäufer, sowie die Festsetzung der Höchstpreise für Schlachtvieh beibehalten. Was voraussichtlich geändert werden wird, ist die Art der Ausbringung im Rahmen der gesetzlichen Höchstpreise. Die Fleischversorgung für Württemberg und Hohenzollern prüft schon seit einiger Zeit die Frage, wie, ohne die Fleischversorgung zu gefährden, den Landwirten, Händlern und Metzgern eine größere Freiheit im Verkauf und Kauf als bisher gesichert werden kann. Die Vorverhandlungen nähern sich dem Abschluß. Bei der etwaigen Neuregelung wird es sich aber nicht darum handeln, die öffentliche Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch überhaupt völlig aufzuheben. Dies läge auch weder im Interesse der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden und der Verbraucher noch auch der Landwirte selbst. Die Aufhebung der Bewirtschaftung wäre mit der Deffnung der Grenzen nach den außerrheinischen Gebieten verbunden und hätte zur Folge, daß unser Vieh und Fleisch an die zahlungsfähigeren Gebiete, insbesondere des Rheinlands, gehen würde, mit denen unsere Bevölkerung den Wettbewerb nicht aufnehmen kann. Auch wäre im Zusammenhang damit mit einer weiteren, angeht die herrschenden Maul- und Klauenseuche doppelt bedenklichen Schwächung unserer einheimischen Viehbestände zu rechnen. Bis zur Durchführung der Neuregelung haben die Ober- und Unterkäufer in gleicher Weise wie bisher tätig zu sein.

Die Rundgebungen gegen die Teuerung.

Heute liegen noch weitere Meldungen über Teuerungsdemonstrationen in Württemberg vor. Im allgemeinen verliefen die meist vor dem Rathaus veranstalteten Versammlungen in der üblichen Weise, daß die bekannten Forderungen nach verschiedenen Ansprüchen überreicht wurden, Versammlungen fanden statt u. a. in Schlingen, Göppingen, Geislingen, Neulingen, Heidenheim, Schwemmingen, Schramberg, Laupheim und Friedrichshafen. Zumeist wurde auch gegen den 10 prozentigen Lohnabzug Stellung genommen.

Zum Milchpreis.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In den letzten Tagen ging durch die württ. Presse eine dem „Neckarsch.“ in Heilbronn entnommene Notiz, daß die Preissteigerung bei Milch und Butter nicht vom Gesamtministerium beschlossen, sondern von Ernährungsminister Graf eigenmächtig verordnet worden sei. Demgegenüber sei ausdrücklich festgestellt, daß vor der Regelung des neuen Milchpreises der württ. Ernährungsbeirat, der sich zu gleichen Teilen aus Erzeugern und Verbrauchern zusammensetzt, gehört wurde. Der Ernährungsbeirat hat langwierige Verhandlungen über die Milchpreisfestsetzung ge-

pflogen. Außerdem wurde vor Veröffentlichung der Verordnung die württ. Gesamtregierung darüber gehört und ihre Zustimmung zur Neuregelung eingeholt. Von einem eigenmächtigen Vorgehen des Ernährungsministers Graf kann deshalb keine Rede sein. Der Ernährungsminister hat in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Schrittes vielmehr alle in Betracht kommenden Instanzen gehört und zu Rate gezogen und nur unter ihrer Mitverantwortung die Milchpreissteigerung angeordnet.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

4. Sonntag nach Trinit., 27. Juni. Vom Luth.: 487. Predigtlied: 395 „Du Wort des Vaters“. 8 Uhr: Frühpredigt, Stadtpfarrer Schmid. 9 1/2 Uhr: Hauptpredigt Delan Zeller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern des jüngeren Jahrgangs. Feiertag Peter und Paul, 29. Juni. 8 Uhr abends: Missionsstunde im Vereinshaus, Missionar Stahl.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, 27. Juni. Pfarrvisitation. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt (Delan Hirsch) und Amt, 12 Uhr Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Montag 9 Uhr Gottesdienst in Bad Teinach. Dienstag, Peter und Paul: 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt. Beichte: Samstag ab 4 Uhr nachm., Sonntag früh ab 7 Uhr.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag morgen 9 1/2 Uhr Predigt, Prediger F. Kolb, 11 Uhr Sonntagsschule. Abends 8 Uhr Predigt, Prediger B. Wenzel, mittags 2 1/2 Uhr Missionsfest in Oberkollbach. Redner: Prediger B. Wenzel aus Dresden, früher Missionar in Neu-Mecklenburg und Prediger F. Kolb aus Weibau. Mittwoch Abends 8 Uhr Bibelstunde.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die prägeschliche Verantwortung.

Zur Fleischversorgung.

Diese Woche erhalten die Einwohner der hiesigen Stadt wiederum kein Fleisch, dagegen wird solches in verschiedenen Bezirken an die Bevölkerung abgegeben, so z. B. auch in Leberzell, wo auch in voriger Woche Fleisch abgegeben wurde, während die Calwer Bevölkerung mit einem Ei abgespeist wurde. Wie Einsender erfahren hat, sind den hiesigen Metzgern vom Kommunalverband einige Stück Vieh zur Schlachtung in hiesiger Stadt angeboten, aber, weil nicht völlig ausreichend, zurückgewiesen worden. Wäre es nicht angezeigt, wenn die Stadtverwaltung in derartigen Fällen, die sicherlich noch öfter vorkommen, die Schlachtung und Fleischverteilung von sich aus vornehmen ließe, damit die hiesige Bevölkerung nicht wegen mißspielender, kleinlicher Geschäftsinteressen um den so wie so recht mageren Fleischgenuß ganz betrogen wird?

Für die Schriftleitg. verantwortl.: J. B.: H. D. R. ö d e r, Calw. Druck und Verlag der A. Eißeläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Statt Fleisch wird morgen Samstag vorm. an Nichtgeflügelhalter auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 1 Einkauf die Person abgegeben in folgender Reihenfolge: Buchstaben A-K von 8-10 Uhr, Buchstaben L-Z von 10-12 Uhr. Lebensmittelbücher und Kleingeld ist mitzubringen.

Das Sammeln von Beeren

in den Stadtwaldungen wird für die Calwer Einwohnerschaft mit sofortiger Wirkung freigegeben.

Spekhardt.

Das Sammeln von Heidelbeeren und Preiselbeeren

im hiesigen Gemeindevald ist für Auswärtige bei Strafe verboten.

Emberg.

Das Sammeln von Beeren jed. Art

in den hiesigen Gemeindevaldungen ist für Auswärtige verboten.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt für das 3. Vierteljahr rechtzeitig.

Fr. Daur Calw

vorm. T. Schlier.

Hosenzeuge

billige Preise.

Neue Fahrpläne

das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen wurde heute bei der Firma Christ. Lud. Wagner, Strickwarenfabrikation, Sitz in Calw, Zweigniederlassung in Schaffhausen (Schweiz) eingetragen: Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter Georg Wagner sen., Kommerzienrat in Calw, ist als solcher mit dem 31. Dezember 1919 ausgeschieden. An seine Stelle ist der Kommanditist Georg Gustav Wagner jr., lediger Kaufmann in Calw, neben seinem Bruder Emil Wagner, Kaufmann daselbst, als persönlich haftender Gesellschafter mit Wirkung vom 1. Januar 1920 getreten. Die Zweigniederlassung in Schaffhausen (Schweiz) ist mit dem 31. Dezember 1919 aufgelöst worden. Ein weiterer Kommanditist ist eingetragen.

Strassen- und Wasserbauamt Calw.

Dampfwalzbetrieb.

Zwei Dampfstrassenwalzen werden am 28. ds. Mts. die Straße von Gehingen über Althengstett bis zum Eisenbahndurchlaß oberhalb Calw fahren und die Staatsstraße gegen Calw und daran anschließend die Etterstraße in Calw bis etwa 14. Juli bearbeiten.

Ab Sonntag, den 27. Juni, steht in meiner Stallung

in Herrenberg im „Hafen“

ein großer Transport

erstklassiger Belgier-Fohlen

bei billigen Preisen zum Verkauf.

Kausliebhaber ladet freundlichst ein

David, Telefon Nr. 10.

P. K. m. Fr.

Montag, den 28. Juni, mittags 4 Uhr, im Adler, mit Vortrag.

Derjenige Herr, der am Sonntag Nachmittag einen Schirm in Café Hammer verwechselt hat, wird erlucht, denselben wieder dort umzutauschen.

Bursche oder Mädchen

von 14-16 Jahren für die Landwirtschaft bei guter Verpflegung gesucht.

Gesucht

auf 1. Juli oder später ehrliches, kräftiges Mädchen

Junger Mann

der sich als Heizer ausbilden will, gesucht.

Sanatorium Schwarzwaltheim Schömberg, Station Liebenzell.

Ein guterhaltener

Ovalofen

wird zu kaufen gesucht, evtl. zu verkaufen gegen einen Kohlenofen.

Gute Arbeitshosen

für Burschen und Männer, aus eigenen Stoffen gefertigt, empfiehlt

Räuchle, am Markt, Calw.

Samstag abend außerordentliche, verlängerte Tanzstunde

im Bad. Hof.

Tanzlehrer Giacomino.

Brennholz

in Fuhren zu Mk. 85.— kann sofort geliefert werden

Sägmehl

kann abgeholt werden Sägemerk Deufringen.

Einmachkirschen

korbweise das Pfund Mk. 1.70

Alte Gebisse

Zahnstifte, Brennstifte, sowie alte Schmucksachen (aus Gold und Silber) werden angekauft.

Fr. Daur Calw

vorm. T. Schlier.

Bettjackenstoffe

farbige schöne Auswahl.

Emberg, den 23. Juni 1920.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schnellen Hinscheiden unseres lieben Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Schwagers

Michael Kalmbach,

für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Baga, den ehrenden Nachruf des Herrn Schultheiß Rentfischer, den erhebenden Gesang des Hauptlehrers Schmidt mit der Leichenbegleitung, den Herren Ehrenträgern, sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Darlehensvereine Calw
e. G. m. u. H.

Bilanz 1919.

Aktiva	Mk.	Passiva	Mk.
Kassenbestand	96.86	Schuld an Inhaber	
Guthaben bei der Ausgleichsstelle	27555.95	lauf. Rechnungen	1703.58
Guthaben bei Inhabern laufend.		Sparkasseneinzahlungen	39591.91
Rechnungen	4450.—	Geschäftsguthaben der Mitglieder	63583.26
Darlehen	27956.52	Reservefond	1932.63
Wertpapiere	46107.—	Gewinn	119.02
Stückzinsen	764.07		
	106930.40		106930.40

Mitglieder
Stand 1. Januar 1919 176
Aufnahmen 26
zusammen 202
Abgang durch Tod 5
Stand am 31. Dez. 1919 197

Vorstand:
A. Bäuchle, Fr. Herzog, E. Schlaich, R. Stüber.

Aufsichtsrat:
H. Schaubt, D. Schlatterer, E. Stör, G. Niehammer, Fr. Eisenhardt, Fr. Reichert, Chr. Luz.

Von Sonntag, den 27. ds. Mts. an, steht wieder ein großer Transport

rheinisch-belgischer Saugfohlen,

sowie 1 1/2- und 2-Jährlinge, worunter sich sehr schöne zur Zucht geeignete

Stuten

befinden, ebenso ein Transport

Arbeits-Pferde,



leichten und schwersten Schlags in unseren Stallungen, wozu wir Liebhaber freundlichst einladen

Preßburger & Co., Pferdehandlung, Neringen, Telefon Horb 18.

Ca. 400 Fsm. Rundholz
vorm. III. Kl. sofort gesucht.

Leinacher Industriewerke, Störzinger & Schwinghammer, Leinach.

Bereinigte Deckenfabriken Calw
A.-G. in Calw.

Die Herren Aktionäre werden zu der am

Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags 11 3/4 Uhr, im Gasthof zum „Waldhorn“ in Calw stattfindenden

außerordentl. Generalversammlung hierdurch eingeladen.

Die Aktien sind spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung bei dem Vorstand der Gesellschaft, bei einem Notar oder bei dem Bankhaus Doertenbach & Cie., G. m. b. H. in Stuttgart zu hinterlegen.

Calw, den 24. Juni 1920.

Der Vorstand: Erwin Sannwald.

Ich empfehle als sehr preiswert:

Sommerkleiderstoffe

80 cm breite farb. Musline u. Satins Mk. 17.— bis 28.—
80 cm breite farb. Bests, leinenartig, Mk. 18.— bis 25.—
100 cm breite farb. Bests, leinenartig Mk. 30.—
120 cm breite farb. bestickte Batiste Mk. 40.—
Weiße Batiste und Voiles, glatt und bestickt, in schmal und breit Mk. 17.— bis 47.—

Räuchle, am Markt, Calw.

KAFFEE
Fernsprecher Nr. 120.

in bekannt gut. Mischung, roh u. jede Woche frisch gebrannt empfiehlt bestens

C. Serva.

Bruchpreis Mk. 5.—
Vollpreis II Pf. 6.40
Vollpreis I Pf. 8.—
empfehlen solange Vorrat.

Pfannkuch & Co.
Calw.

Gehirgen.
1 Paar

Läuser-schweine

hat zu verkaufen
Karl Gehring, im Gähle.

Oberreithenbach.
Verkaufe ein zum drittenmal 12 Wochen trächtiges

Mutter-schwein

verkauft
J. Sauter, Tapezier Biergasse.
Joh. Georg Luz.

Liebhaber-Fotografen

decken ihren Bedarf am besten in der

Fotohandlung Ritterdrogerie
Calw.

Entwicklungs-Abzüge in schnellster Zeit

Siehdichfür.
Verkaufe 2 junge

Schäferhunde

sowie eine belgische

Riesen-Häfin
Friedr. Fuchs.

Ein Divan
in Plüsch, ein

Chaiselongue

verkauft
J. Sauter, Tapezier Biergasse.

Die Kosten, die eine Anzeige verursacht, werden durch größeren Absatz der ausgeschriebenen Artikel reichlich gedeckt

Zur Ausführung

electr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

empfiehlt sich

Adolf Braun, Biergasse Nr. 128,
Installations-Geschäft.

Bezirksobstbauverein Calw.
Sonntag, den 27. Juni, in

Versammlung Stammheim

Zusammenkunft Nachmittag 2 Uhr vor dem Rathaus.
Tagesordnung: 1. Rundgang durch einige Obstgärten.
2. Vortrag im „Röfle“ über „Wie erzielt der Obstgärtner die höchsten Ernten“.

Zu dieser Versammlung sind alle Obstbaufreunde, namentlich auch aus den Nachbarorten, freundlich eingeladen

Der Ausschuss.

Rauchtabak!

Durch Uebernahme des Alleinvertriebs einer Stuttgarter Tabakfabrik bin ich in der Lage, meiner werthen Kundschaft garantiert reinen Tabak zu äußerst mäßigen Preisen zu liefern.

50-Gr. Blättertabak à Paket 3.— Mk.
100 Gr. Rippentabak à Paket 4.50 Mk.

Spezialgeschäfte und Handlungen Sonderpreise.

Ab Montag den 28. Juni verkaufe ich einen großen Posten

Zigaretten

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Für Wirte u. Wiederverkäufer besond. günstige Gelegenheit.

Robert Ott, Calw,
Tabakwaren-Großhandlung.

Fohlen-Verkauf.

Am nächsten Montag, den 28. Juni, von früh 7 Uhr ab, steht wieder ein sehr großer, frischer Transport

erstklassiger, starker Fohlen

(Belgier-Schlag)

worunter auch 1 1/2 jährige

im Gasthaus z. „Schwanen“ in Wildberg

zum Verkauf wozu Liebhaber freundlichst einladen

Rubin und Salomon Löwengart, Neringen.

Verkauf von Abbruchmaterial.

Am Schwesternerholungsheim in Bad Leinach kommen am Montag, d. 28. d. Mt., vormittags 1/2 12 Uhr

zuf. 7.40 fsm. eisernes Geländer, sowie eine guterhaltene Markise mit mechanischem Antrieb aus Eisen, gegen Barzahlung zum Verkauf und sind Liebhaber hezu eingeladen.